

Eva Sänger

Frauenbewegung in der DDR

Gegenöffentlichkeiten und Unrechtserfahrungen informeller Frauengruppen in den 1980er Jahren

1. Einleitung

Frauenbewegungen beziehungsweise -organisationen partizipieren nicht nur politisch, sondern sind entscheidend daran beteiligt, neu zu definieren, was eigentlich politisch ist. Diese (Neu-)Definition des Politischen geht oftmals mit der Thematisierung von Unrechtserfahrungen einher. Ute Gerhard zufolge ist die kollektive Unrechtserfahrung ein zentraler Anlass für die Entstehung von Frauenbewegungen in der Moderne. Bei einer Unrechtserfahrung kann es sich um den Ausschluss von Entscheidungsprozessen wie die Vorenthaltung des Wahlrechts handeln, um die Begrenzung von Handlungsräumen durch den Ausschluss von Orten und aus kulturellen Repräsentationen oder um die Verletzung körperlicher und psychischer Integritat¹.

Auch Frauen in der DDR schlossen sich in den 1980er Jahren aufgrund von Unrechtserfahrungen zu eigenen Bewegungs- und Organisationsformen zusammen. Die Geschichte der ostdeutschen Frauenbewegung lässt sich in drei Phasen unterteilen². Die „informelle Phase“ oder „Konstituierungsphase“ dauerte von 1982 bis Herbst 1989; damals formierten sich neue Frauengruppen, die eigene Zeitschriften herausbrachten und miteinander vernetzt waren. Im Herbst 1989 begann die „Mobilisierungs- oder Aufbruchphase“. Sie endete mit der Volkskammerwahl vom 18. März 1990. In dieser Phase wurde der Unabhängige Frauenverband (UFV) gegründet, die erste nichtstaatliche, feministische Interessenorganisation in der DDR. Die dritte Phase, die „Ausdifferenzierungsphase“, die nach der Volkskammerwahl begann, war durch den Aufbau einer Gegenkultur gekennzeichnet. Deren Akteurinnen übten – feministischen

¹ Ute Gerhard, Die „langen Wellen“ der Frauenbewegung. Traditionslinien und unerledigte Anliegen, in: dies., *Atempause. Feminismus als demokratisches Projekt*, Frankfurt a.M. 1999, S. 12–38, hier S. 28ff.

² Vgl. im Folgenden Ingrid Miethe, *Frauenbewegung in Ostdeutschland. Angekommen in gesamtdeutschen Verhältnissen?*, in: *beiträge zur feministischen theorie und praxis* 54 (2000), S. 9–23.

und frauenpolitischen Zielen verbunden – in Parteien, Gewerkschaften, Universitäten und Verbänden Einfluss aus.

Aufgrund welcher Unrechtserfahrungen entstanden die verschiedenen Strömungen der nichtstaatlichen Frauengruppen? Da diese Frauengruppen auch auf die Aufklärung und Beeinflussung der Bevölkerung zielten, ist zu diskutieren, welche Funktion Öffentlichkeit in der DDR hatte. These des Beitrags ist, dass unter den Bedingungen offizieller Offentlichkeiten³ die Benennung von Unrechtserfahrungen in den Gruppen nicht nur eine Voraussetzung für offentlichkeitsorientierte Strategien war, sondern bereits selbst eine politische Funktion hatte. Im Anschluss daran soll kurz der Kontext erläutert werden, in dem sich der UFV gründete. Zudem sind Unrechtserfahrungen zu benennen, die für die Gründerinnen relevant waren. Abschließend soll auf die politische Teilhabe des UFV am Zentralen Runden Tisch der DDR und an den Volkammerwahlen eingegangen werden.

2. Das Spektrum informeller Frauengruppen in der DDR

Weder Frauen noch Männer hatten in der DDR die Möglichkeit, an demokratischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen mitzuwirken oder diese zu beeinflussen. Handlungsleitende Maxime des SED-Regimes war die marxistisch-leninistische Auffassung, dass die Partei beziehungsweise der Staat mit der Arbeiterklasse identisch sei. Diese Auffassung schloss Interessenpluralitat aus, und die SED legitimierte damit ihren Führungsanspruch als Avantgarde der Arbeiterklasse und als „Vollstreckerin“ des „real existierenden Sozialismus“ unter Erich Honecker. Staatsunabhangige Vereinigungen waren verboten. Die Interessen von Frauen wurden offiziell vom Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD) vertreten, der 1987 rund 1,5 Millionen Mitglieder hatte. Von einer eigenständigen Interessenvertretung oder selbstbestimmter Partizipation konnte hier aber kaum die Rede sein: Der DFD war eine zentralistisch organisierte Massenorganisation, die den Führungsanspruch der SED anerkannte und die Richtlinien der Partei umsetzte⁴.

³ Zum Begriff der offiziellen Öffentlichkeit vgl. Gabor T. Rittersporn/ Malte Rolf/Jan C. Behrends, Von Schichten, Räumen und Sphären. Gibt es eine sowjetische Ordnung von Öffentlichkeiten? Einige Überlegungen in komparativer Perspektive, in: dies. (Hrsg.), Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs. Zwischen parteistaatlicher Selbstinszenierung und kirchlichen Gegenwelten, Frankfurt a.M. 2003, S. 389–421, hier S. 408.

⁴ Vgl. u.a. Elke Mocker, Demokratischer Frauenbund Deutschlands (1947–1989). Historisch-systematische Analyse einer DDR-Massenorganisation. Dis-

Der Gründung unabhängiger Frauengruppen Anfang der 1980er Jahre war die Entstehung von Friedensgruppen unter dem Dach der evangelischen Kirche vorangegangen, die die Stationierung von Atomraketen in der DDR und die militärische Aufrüstung im Systemwettstreit kritisieren und – zum Beispiel durch die Verteilung von Aufnahmehern – landesweit in Erscheinung traten. Nach den Schätzungen von Samirah Kenawi existierten in der DDR der 1980er Jahre insgesamt 100 Frauengruppen, die verschiedenen Strömungen angehörten⁵.

Mit der Gründung eigener Gruppen reagierten die Frauen generell auf männliche Dominanz, wobei sie sich in ihren Zielen und Themen zum Teil sehr deutlich voneinander unterschieden. Kollektiven weiblichen Protest rief das neue Wehrdienstgesetz vom 25. März 1982 hervor, das die Heranziehung von Frauen im Falle der Mobilmachung für Aufgaben in der Armee vorsah. In Friedensgruppen organisierte Frauen verfassten eine gemeinsame Eingabe an den Staatsratsvorsitzenden der DDR. Im Fahrwasser dieser Aktion gründeten sich in mehreren Städten und Bezirken Frauengruppen, so in Ostberlin, Halle, Magdeburg, Dresden und Weimar. Die „Frauen für den Frieden“ kritisierten das Wettrüsten und die Militarisierung der Gesellschaft. Inspiriert von den Ideen des tschechischen Dissidenten Václav Havel sahen sie darin ein Verbrechen an der Menschheit, ein Unrecht, für das sie sich verantwortlich fühlten. Die Übernahme von Verantwortung war für die Frauen ein zentrales Handlungsprinzip, das sie verpflichtete, sich gegen jede Form von Machtanspruch zu verwahren. Ulrike Poppe, eine der Gründerinnen der Ostberliner „Frauen für den Frieden“, schilderte in ihrer Grußadresse an eine Gruppe in Berlin-Zehlendorf die politisch-persönliche Emanzipation der Frauen. Die Befreiung aus traditionellen Geschlechterbeziehungen sah sie zugleich als Voraussetzung und Ziel dafür an, politische Mündigkeit und Selbstverantwortung zu entwickeln:

„Vor Jahren ist bei uns ein Prozeß in Gang gekommen, den man als ein ‚Erwachsenwerden‘ bezeichnen könnte. Herausgefordert durch ein bisher noch nie dagewesenes Maß an existentieller Bedrohung für die gesamte Menschheit treten mehr

sertation am Fachbereich Politische Wissenschaft der FU Berlin 1991 (Mikrofilm-Ausgabe 1992); Barbara Koelges, Der Demokratische Frauenbund. Von der DDR-Massenorganisation zum modernen politischen Frauenverband, Wiesbaden 2001.

⁵ Vgl. Samirah Kenawi, Frauengruppen in der DDR der 80er Jahre. Eine Dokumentation, Berlin 1995, S. 21.

und mehr Menschen heraus aus der ihnen aufgezwungenen Rolle politischer Unmündigkeit und des Gehorsams, um eigene Wege aus der Gefahr zu suchen. Für uns Frauen bedeutet dies gleichzeitig die Loslösung von unseren traditionellen Zwängen [...]. Sich für die eigenen Worte und Handlungen in jeder Situation verantwortlich zu fühlen, besonders in einer Struktur, in der alles zentralistisch angewiesen und ‚verantwortet‘ wird, jede Gelegenheit zu nutzen, seine eigenen Ansprüche dem geforderten Loyalitätsbeweis entgegenzusetzen, heißt, menschliche Würde zu bewahren. Und das hat nicht nur moralische, sondern auch politische Bedeutung, da es sich gegen jeden autoritären Machtanspruch wendet.“⁶

Auch aktive Christinnen bildeten eigene Netzwerke und Gruppen, da sie sich mit ihren Themen und Anliegen in der evangelischen Kirche nicht repräsentiert fühlten. Kirchliche Mitarbeiterinnen unterstützten sich gegenseitig bei der Gemeindefarbeit, so zum Beispiel im Rahmen des innerkirchlichen Treffens „Feministische Werkstatt Hirschluch“. Der überregionale Arbeitskreis „Feministische Theologie“ diente dem Austausch zwischen Theologinnen und theologisch interessierten Frauen über Ansätze feministischer Theologie, die aus den USA und Westdeutschland in die DDR gelangt waren⁷.

Lesbische Frauen beteiligten sich zunächst in den gemischtgeschlechtlichen kirchlichen „Arbeitskreisen Homosexualität“, zu denen auch Nichtkirchenmitglieder zugelassen waren. Gemeinsam mit schwulen Männern setzten sie sich für eine Verbesserung der Situation Homosexueller ein und versuchten, pathologisierenden Sichtweisen auf gleichgeschlechtliche Beziehungen entgegenzutreten. Dass sie mit ihren Anliegen auf den Widerstand schwuler Männer trafen, war eine wichtige Motivation für die Frauen, sich eigenständig zu organisieren. Zudem hatten sie den Wunsch, sich mit der eigenen Situation in einem geschützten Raum auseinanderzusetzen und sich mit anderen betroffenen Frauen auszutauschen⁸.

⁶ Robert Havemann Archiv, Berlin, Irena Kukutz: Widerstehen... Frauenprotest im Kalten Krieg, unveröffentlichtes Manuskript, Dokument 26: Grußadresse von Ulrike Poppe an die „Frauen für den Frieden“ Berlin-Zehlendorf vom 13. 7. 1984.

⁷ Vgl. Samirah Kenawi, Zwischenzeiten. Frauengruppen in der DDR zwischen östlicher Bürger- und westlicher Frauenbewegung, in: Bernd Gehrke/Wolfgang Rüdtenklau (Hrsg.), ... das war doch nicht unsere Alternative. DDR-Oppositionelle zehn Jahre nach der Wende, Münster 1999, S. 154–167.

⁸ Vgl. Eva Sänger, Begrenzte Teilhabe. Ostdeutsche Frauenbewegung und Zentraler Runder Tisch in der DDR, Frankfurt a.M. 2005, S. 103ff.

Die Strategien der meisten Frauengruppen waren darauf ausgerichtet, mit ihren jeweiligen Anliegen eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen. Einige Gruppen lesbischer Frauen beispielsweise veranstalteten deshalb mehrfach eine Sendung im Rahmen der Ratgeber-Reihe „Mensch Du“ des Jugendradios DT 64 und nahmen an öffentlichen Lesungen teil. Die Berliner Gruppe „Lesben in der Kirche“ legte bei einem Besuch des Konzentrationslagers Ravensbrück einen Kranz nieder, um an die dort ermordeten lesbischen Frauen zu erinnern⁹. Gerade die Frauenfriedensgruppen versuchten immer wieder, andere Menschen aus ihrer Gleichgültigkeit gegenüber nuklearer Aufrüstung, Krieg und Umweltverschmutzung zu wecken. Sie verteilten beispielsweise schwarz gekleidet Handzettel auf der Straße, organisierten Klagegottesdienste und protestierten bei Veranstaltungen von Partei und Massenorganisationen.

3. Frauengruppen als soziale Erfahrungsräume und Gegenöffentlichkeiten in der späten DDR

Aus der Perspektive der sozialwissenschaftlichen Forschung über neue soziale Bewegungen scheint dieses Engagement zunächst relativ wenig Wirkung gezeigt zu haben, weil es den Frauengruppen nicht gelang, die Massen zu mobilisieren. Dabei muss allerdings der Herrschaftscharakter der DDR berücksichtigt werden: Solche Aktionen hatten in einem autoritären Regime¹⁰ wie der DDR in den 1980er Jahren eine andere Bedeutung als in demokratischen Ländern wie etwa der Bundesrepublik, wo es eine öffentliche Sphäre gab, in der Versammlungs-, Meinungs- und Demonstrationsfreiheit garantiert war. In der DDR galten schon geringfügige Abweichungen von offiziell erwünschten Verhaltensweisen als Politikum¹¹. Ideal-

⁹ Vgl. Samirah Kenawi, Konfrontation mit dem DDR-Staat. Politische Eingaben und Aktionen von Lesben am Beispiel Ravensbrück, in: Gabriele Dennert/Christian Leidinger/Franziska Rauchut (Hrsg.), *In Bewegung bleiben. 100 Jahre Politik, Kultur und Geschichte von Lesben*, Berlin 2007, S. 118–121.

¹⁰ Zur Begriffsklärung vgl. Hans-Joachim Lauth, *Regimetypen. Totalitarismus – Autoritarismus – Demokratie*, in: ders. (Hrsg.), *Vergleichende Regierungslehre. Eine Einführung*, Wiesbaden 2006, S. 91–112. Zur Kennzeichnung der DDR unter Honecker als autoritäres Regime vgl. Virginia Stefanie Gerlach, *Staat und Kirche in der DDR*, Frankfurt a.M. 1999, S. 225. Zur Auseinandersetzung mit der Totalitarismustheorie vgl. Ralph Jessen, *DDR-Geschichte und Totalitarismustheorie*, in: *Berliner Debatte Initial* 4/5 (1995), S. 17–24.

¹¹ Vgl. u.a. Detlef Pollack, *Politischer Protest. Politisch alternative Gruppen in der DDR*, Opladen 2000, S. 56f.

typisch gewährleistet Öffentlichkeit die Pluralität der Meinungen, eine Vielfalt der Interessenartikulation und herrschaftsfreie Kommunikation. Die vorherrschende Form der Öffentlichkeit in der DDR kann – daran gemessen – als „Scheinoffentlichkeit“¹² und als „reglementierende und kontrollierende verordnete Öffentlichkeit“¹³ charakterisiert werden, da von der SED-Linie abweichende Meinungen rigoros ausgeschlossen wurden. Darüber hinaus ist hervorzuheben, dass die wesentliche Funktion von Öffentlichkeit im Machterhalt der SED bestand und der Darstellung von Herrschaft diente. Öffentlichkeit hatte in der DDR also in erster Linie eine herrschaftslegitimierende und -repräsentierende Funktion und war damit eine offizielle Öffentlichkeit. Auch wenn die Mobilisierungsfahigkeit der Frauengruppen aufgrund staatlicher Repression und der Einschränkung aller bürgerlichen Grundrechte gering war, ist Folgendes zu betonen: Alle informellen Frauengruppen stellten durch die faktische Inanspruchnahme von Meinungs- und Versammlungsfreiheit das parteistaatliche Monopol auf den öffentlichen Raum und auf die Definition und die Repräsentation der Interessen von Frauen in Frage.

Die Gruppen konstituierten soziale Erfahrungsräume und erfüllten damit eine wichtige Funktion. Sie beförderten die reflexive und hierarchiefreie Kommunikation und eine alternative politische Sozialisation, die auf die Solidarität unter Frauen ausgerichtet war. Die Friedensfrauen nutzten die Gruppen als emotionalen Rückhalt, der es ihnen ermöglichte, sich für ihre vom Verantwortungsprinzip geleiteten friedens- und umweltpolitischen Überzeugungen öffentlich einzusetzen. Den lesbischen Frauen halfen die Gruppen bei der identitatsbasierten Auseinandersetzung mit der Diskriminierung und dem *Coming Out*. So entstanden in den Gruppen relativ geschutzte¹⁴ Räume, in denen Unrechtserfahrungen erkannt und bearbeitet werden konnten, und in denen es möglich war, neue politische Erfahrungen zu sammeln. Hier bot sich eine

¹² Patrik von zur Mühlen, *Aufbruch und Umbruch in der DDR. Bürgerbewegungen, kritische Öffentlichkeit und Niedergang der SED-Herrschaft*, Bonn 2000, S. 16.

¹³ Stefan Wolle, *Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989*, Bonn 1999, S. 135.

¹⁴ Insbesondere die Ostberliner „Frauen für den Frieden“ wurden von der Stasi überwacht. Gruppenintern war der Zusammenhalt der Frauenfriedensgruppen durch den Verdacht auf IM-Tätigkeit und die Möglichkeit der Ausreise von Frauen gefährdet. Vgl. Ingrid Mieth, *Frauen in der DDR- Opposition. Lebens- und kollektivgeschichtliche Verläufe in einer Frauenfriedensgruppe*, Opladen 1999, S. 253.

Gelegenheit, jenseits der Staatsdoktrin, die die Frauenfrage als gelöst und die DDR als einen antifaschistischen Friedensstaat ansah, über Geschlechterbeziehungen, Kindererziehung oder Krieg und Frieden zu diskutieren. Hier wurden Themen, die offiziell nicht existierten, wie die Umweltverschmutzung oder die nichtpathologische Existenz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen, überhaupt erst zur Sprache gebracht.

Der Gegensatz von offiziellen und informellen Sphären zählt zu den gesellschaftlichen Strukturmerkmalen der späten DDR. Neben den offiziellen Handlungskontexten existierten auf der familiären Ebene, in Betrieben und Parteiorganisationen informelle Austausch- und Kommunikationsstrukturen, die sowohl zweckorientiert als auch gemeinschaftsstiftend waren¹⁵. So vollzog sich zwar ein „privater“ Meinungs- und Erfahrungsaustausch jenseits der offiziellen Kommunikationsstrukturen, allerdings geschah dies immer in Abhängigkeit von ihnen. Die informelle Sphäre war daher äußerst fragmentiert. Als Gegenöffentlichkeiten fungierten die jährlich stattfindenden landesweiten Frauengruppentreffen, Kirchentagstreffen, regionale Workshops und die von den Frauengruppen herausgegebenen Samisdat-Zeitschriften wie „Lila Band“, „Das Netz“ und „frau anders“¹⁶. Damit erweiterten die Frauengruppen zivilgesellschaftliche Handlungsräume und hatten eine politische Funktion, da sie – unter den Bedingungen offizieller Öffentlichkeit – Unrechtserfahrungen benannten, ohne allerdings angesichts der stabilen Machtverhältnisse in der DDR der 1980er Jahre eine realistische Chance auf Mobilisierung der Bevölkerung zu haben. Jedoch stellten die alternativen politischen Identitäten und die miteinander vernetzten Gruppen eine entscheidende Voraussetzung für die Gründung des Frauenverbands im Winter 1989 dar. Insbesondere das Netzwerk der informellen Lesbengruppen trug dazu bei, dass der Berliner Aufruf zur Gründung eines Frauenverbands landesweit viele interessierte Frauen erreichte, die sich bereits mit Frauen-

¹⁵ Vgl. Detlef Pollack, Die konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR. Oder: War die DDR-Gesellschaft homogen?, in: GuG 24 (1998) H. 1, S. 110–232, hier S. 121 ff.; Ralph Jessen, Die Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR, in: GuG 21 (1995) H. 1, S. 96–110, hier S. 103 ff.

¹⁶ Vgl. zu der im Selbstverlag illegal herausgegebenen Zeitschrift der informellen Lesbengruppen Eva Sänger, „Lieber öffentlich lesbisch als heimlich im DFD“. Die Samisdat-Publikation „frau anders“ in der DDR 1988/89, in: Susanne Lettow/Ulrike Manz/Katja Sarkowsky (Hrsg.), Öffentlichkeiten und Geschlechterverhältnisse. Erfahrungen, Politiken, Subjekte, Königstein/Ts. 2005, S. 159–183.

fragen auseinandergesetzt hatten und ihre moralischen Überzeugungen und zivilethischen Handlungsorientierungen in Politik umsetzen wollten.

4. Politische Partizipation des UFV in der Endphase der DDR

Durch die Öffnung der ungarischen Grenze zu Österreich und die Entstehung der Bürgerbewegung erweiterten sich die zivilgesellschaftlichen Handlungsräume im Herbst 1989 grundlegend. Faktisch wurden Meinungs-, Demonstrations- und Versammlungsfreiheit massenhaft in Anspruch genommen¹⁷. Dies eröffnete auch den Frauengruppen schlagartig die Möglichkeit, ihre Interessen in organisierter Form im öffentlichen Raum zu vertreten. In der Endphase der DDR entstanden nicht nur eine Vielzahl von Bürgerrechtsgruppen, sondern auch der Unabhängige Frauenverband. Der UFV stellte in seiner Mitgliederstruktur allerdings nicht die Fortsetzung der informellen Frauenbewegung dar. Die „Frauen für den Frieden“ und diejenigen Frauengruppen, für die die Auseinandersetzung mit dem SED-Regime im Vordergrund gestanden hatte, engagierten sich größtenteils in den Bürgerrechtsgruppen.

Der UFV verstand sich als basisdemokratische, weltanschaulich übergreifende, feministische Vereinigung und ging aus einem euphorisch veranstalteten Fest in der Ostberliner Volksbühne am 3. Dezember 1989 hervor, an dem etwa 1200 Frauen teilgenommen hatten. Der neu gegründete UFV versuchte unmittelbar, über demokratische Partizipationsformen politischen Einfluss auszuüben. Die Frauen, die den UFV gründeten, teilten zwei Formen von Unrechtserfahrung und bezogen sich auf zwei Konfliktlagen. Sie kritisierten die mit der gesellschaftlichen Pluralisierung und Demokratisierung einhergehende personelle Exklusion von Frauen und wiesen auf die thematische Ausblendung des Geschlechterverhältnisses im Demokratisierungsprozess hin. Darüber hinaus trat mit der öffentlichen Diskussion der Wiedervereinigung für die Mitglieder des UFV die soziale Frage in den Vordergrund. Der UFV gründete sich, wie das Anne Hampele bündig formuliert hat, „als Negativ-Koalition gegenüber erwarteten Krisenfolgen“, das heißt gegenüber den antizipierten Folgen der deutschen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion für die weibliche Bevölkerung. Die Gründungsmitglieder des UFV begrüßten den freiheitlichen Pro-

¹⁷ Vgl. Karsten Timmer, *Vom Aufbruch zum Umbruch. Die Bürgerbewegung in der DDR 1989*, Göttingen 2000, S. 179ff.

spekt einer marktwirtschaftlich organisierten und demokratisch regierten Gesellschaft. Allerdings sahen sie die damit einhergehenden sozialen Ungleichheiten als Gefahr für die nicht zuletzt materiell fundierte Selbstbestimmung und Freiheit von Frauen. Zudem lehnten sie das als konservativ empfundene Frauen- und Familienleitbild der Bundesrepublik ab. So war der Aufruf zur Gründung eines Frauenverbandes mit der Parole überschrieben: „Wer sich nicht wehrt, kommt an den Herd“¹⁸.

Der UFV nutzte gezielt die Möglichkeiten politischer Partizipation, die sich ihm im Herbst und Winter 1989 unverhofft boten¹⁹. So war seine Gründung am 3. Dezember nicht zuletzt mit Blick auf die Teilnahme am Zentralen Runden Tisch der DDR erfolgt, der vom 7. Dezember 1989 bis zum 12. März 1990 tagte. Freilich war dem UFV in diesem Gremium und bei den Volkskammerwahlen am 18. März nur mäßiger Erfolg beschieden – abgesehen davon, dass er durch die Anschubfinanzierung, die die Bürgerrechtsgruppen am Runden Tisch erhielten, und durch die Finanzierung des Wahlkampfes seine Existenz für einige Zeit sichern konnte.

Die Teilnahme am Runden Tisch war für den Frauenverband zunächst vielversprechend, da es in der ersten Sitzung gelang, als voll stimmberechtigtes Mitglied zugelassen zu werden. Der UFV setzte sich im Bündnis mit den Bürgerrechtsgruppen erfolgreich für die Zulassung von so genannten politischen Vereinigungen zur Volkskammerwahl ein. Er war auch gemeinsam mit den Bürgerrechtsgruppen an der Erarbeitung eines Beschlusses für die Volkskammer zur Sicherung der Medienfreiheit beteiligt. Allerdings konnte er gleichstellungspolitische Ansätze wie ein quotiertes Wahlgesetz nicht durchsetzen, da dies von den Bürgerrechtsgruppen nicht unterstützt wurde. Ansonsten standen für den UFV Wirtschaftsfragen im Vordergrund. Seine Forderungen am Runden Tisch zielten auf die Aufrechterhaltung der nationalen Souveränität der DDR beziehungsweise im voranschreitenden Verlauf der Verhandlungen auf eine sozial abgefederte Wirtschafts-, Währungs- und Verkehrsunion und auf ein Mindestmaß an Souveränität in den Verhandlungen mit der Bundesregierung. Eine vom UFV mitverfasste Sozialcharta und ein umfassender Maßnahmenkatalog zur Herstellung der Geschlechtergerechtigkeit wurden zwar gegen

¹⁸ Anne Hampele Ulrich, *Der Unabhängige Frauenverband. Ein frauenpolitisches Experiment in der deutschen Vereinigungspolitik*, Berlin 2000, beide Zitate S. 101.

¹⁹ Vgl. Brigitte Young, *Triumph of the Fatherland. German Unification and the Marginalization of Women*, Michigan 1999, S. 75ff.

Ende des Runden Tisches von einer Mehrheit der Beteiligten verabschiedet. Allerdings hatte der Runde Tisch zu diesem Zeitpunkt schon seine politische Bedeutung verloren, da nun die Wahl zur Volkskammer im Vordergrund stand. Somit hatten die sozialpolitischen Forderungen des Unabhängigen Frauenverbands, die er gegen Ende durchsetzen konnte, keinerlei faktischen Einfluss auf den weiteren Verlauf des Einigungsprozesses. Bei den Volkskammerwahlen erhielt der UFV, der im Bündnis mit den Grünen für eine reformierte sozialistische und demokratische DDR eingetreten war, nur zwei Prozent der Stimmen, insgesamt acht Mandate, die zudem alle von Vertretern der Grünen wahrgenommen wurden²⁰.

5. Fazit

Die Praxis der informellen Frauengruppen war vornehmlich auf die Erweiterung von Handlungsräumen gegenüber einem autoritären Staat und auf die Herstellung von Gegenöffentlichkeiten gerichtet. Sie handelten zivilgesellschaftlich, das heißt verständigungsorientiert und reflexiv²¹, und thematisierten ungelöste gesellschaftliche und politische Konflikte. In den Gruppen konnten Geschlechterrollen hinterfragt und Alternativen entworfen werden. Aufgrund des umfassenden politischen Anspruchs der SED auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Beziehungen stellte die kommunikativ und reflexiv orientierte Handlungspraxis der informellen Frauengruppen die Herrschaft der SED in Frage. Die Vernetzung der Gruppen war zudem der Ausgangspunkt für die Ausbildung eines gruppenübergreifenden Zugehörigkeitsgefühls zur Friedens-, Frauen- oder Lesbenbewegung.

Die informellen Frauengruppen und Frauennetzwerke waren eine zentrale Voraussetzung für die Gründung des Unabhängigen Frauenverbands, dem es in der Umbruchphase 1989/90 kurzfristig gelang, öffentlichkeitswirksame Positionen zu besetzen, ohne freilich den Verlauf der deutschen Vereinigung politisch beeinflussen zu können. Als in der Wendezeit gegründete, unabhängige, feministische ostdeutsche Interessenorganisation ohne westdeutsches Pendant gilt der UFV als „frauenpolitisches Experiment“²² im

²⁰ Vgl. Hampele Ulrich, Frauenverband, S. 190.

²¹ Jean Cohen/Andrew Arato, *Civil Society and Political Theory*, London 1994, S. 435ff. definieren zivilgesellschaftliches Handeln als kommunikatives Handeln, das sich durch Selbstreflexivität und Verständigungsorientierung auszeichnet.

²² Vgl. zur Begriffsprägung Hampele Ulrich, Frauenverband.

deutschen Vereinigungsprozess. Die Anforderungen, die das intermediäre Interessenvertretungssystem der Bundesrepublik an ihn stellte, konnte er allerdings aufgrund seiner schwachen Organisationsstruktur langfristig nicht erfüllen²³. Er löste sich im Juni 1998 als eingetragener Verein offiziell auf.

²³ Vgl. Eva Sänger, Zur strukturellen Reprasentationsproblematik bei der Vertretung von Fraueninteressen am Beispiel des „Experiments“ Unabhängiger Frauenverband, in: Anja Weckwert/Ulla Wischermann (Hrsg.), *Das Jahrhundert des Feminismus. Streifzüge durch nationale und internationale Bewegungen und Theorien*, Königstein/Ts. 2006, S. 95–112.